



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 29. April 2004 (05.05)  
(OR. nl)**

**9002/04**

**COPEN 55  
EJN 26  
EUROJUST 32**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

des	Ministers der Justiz des Königreichs der Niederlande, Herrn Piet Hein DONNER
vom	28. April 2004
für	das Generalsekretariat des Rates, z. Hd. des Generaldirektors der GD H, Herrn Charles Elsen
<u>Betr.:</u>	Vollständige Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haft- befehl

Hiermit teile ich Ihnen mit, dass am 12. Mai 2004 in den Niederlanden das Übergabegesetz ("Overleveringswet") in Kraft tritt, mit dem der Rahmenbeschluss vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union umgesetzt wird. Ein Exemplar des Gesetzblatts, in dem dieses Gesetz enthalten ist, wird Ihnen so bald wie möglich zugeleitet.

Ordnungshalber sei angemerkt, dass der Rahmenbeschluss und das Übergabegesetz ausschließlich für den europäischen Teil des Königreichs der Niederlande gelten. Die in Artikel 31 Absatz 1 Buchstaben a und b des Rahmenbeschlusses genannten Übereinkommen finden daher weiter Anwendung, soweit sie das Auslieferungsverhältnis zwischen den Niederländischen Antillen bzw. Aruba und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union betreffen.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Niederlande auf der Grundlage des Übergabegesetzes Auslieferungsersuchen weiter gemäß den bestehenden Auslieferungsübereinkommen behandeln können, soweit und solange diese von Mitgliedstaaten gestellt werden, die den Rahmenbeschluss noch nicht vollständig umgesetzt haben. Diese Maßnahme wurde von der niederländischen Regierung bewusst getroffen, um Lücken in der strafrechtlichen Zusammenarbeit vorzubeugen. Zugleich hoffe ich, insbesondere auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung, dass die Anwendung dieser Übergangsbestimmung zeitlich begrenzt sein wird.

Abschließend möchte ich Sie auf die in der Anlage enthaltenen Erklärungen und Mitteilungen gemäß dem Rahmenbeschluss hinweisen.

(gez.) Piet Hein DONNER

---

**Erklärungen und Mitteilungen des Königreichs der Niederlande gemäß dem  
Rahmenbeschluss vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die  
Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

**Artikel 6 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses**

Die *vollstreckenden (officier van justitie) Justizbehörden* sind:

der Staatsanwalt der Bezirksstaatsanwaltschaft von Amsterdam (*arrondissementsparket Amsterdam*),

der für Strafsachen zuständige Untersuchungsrichter (*rechter-commissaris*) beim Gericht von Amsterdam und das Gericht von Amsterdam.

Der Staatsanwalt ist der feste Ansprechpartner für die ausstellenden Behörden der anderen Mitgliedstaaten; seine Anschrift lautet:

Arrondissementsparket Amsterdam

t.a.v. Internationaal Rechtshulp Centrum

Postbus 84500

1080 BN Amsterdam

Telefon: 020 541 4040

Fax: 020 541 6900

Hausanschrift: Parnassusweg 220 in Amsterdam.

In dringenden Fällen kann außerhalb der Bürozeiten Kontakt mit dem niederländischen SIRENE-Büro aufgenommen werden, das mit dem Staatsanwalt der Bezirksstaatsanwaltschaft von Amsterdam in Verbindung steht:

Telefon: 079 345 9888

Fax: 0900 899 8244

Die *ausstellenden Justizbehörden* sind:

alle Staatsanwälte in den Niederlanden.

## **Artikel 8 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses**

Neben Europäischen Haftbefehlen, die in niederländischer oder englischer Sprache ausgefertigt sind, werden auch Europäische Haftbefehle in einer anderen Amtssprache der Mitgliedstaaten der Europäischen Union akzeptiert, sofern sie zusammen mit einer englischen Übersetzung vorgelegt werden.

## **Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses**

Der Staatsanwalt der Bezirksstaatsanwaltschaft von Amsterdam ist für die Entgegennahme und Bearbeitung von Durchlieferungsersuchen zuständig.

Seine Anschrift lautet:

Arrondissementsparket Amsterdam

t.a.v. Internationaal Rechtshulp Centrum

Postbus 84500

1080 BN Amsterdam

Telefon: 020 541 4040

Fax: 020 541 6900

In dringenden Fällen kann außerhalb der Bürozeiten Kontakt mit dem niederländischen SIRENE-Büro aufgenommen werden, das mit dem Staatsanwalt von Amsterdam in Verbindung steht:

Telefon: 079 345 9888

Fax: 0900 899 8244

---